

**Bericht über das Rumpfgeschäftsjahr
vom 01.01. bis 31.03.2014**

Stromnetz Hamburg GmbH

Bramfelder Chaussee 130

22177 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Lagebericht	3
Abschluss für das Rumpfgeschäftsjahr der Stromnetz Hamburg GmbH vom 01.01. bis 31.03.2014	17
Bilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	19
Kapitalflussrechnung	20
Entwicklung des Anlagevermögens	21
Anhang	22

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäft und organisatorische Struktur

Mit notariellem Kaufvertrag vom 15. Januar 2014 haben sich die Hamburg Energienetze GmbH, eine Tochtergesellschaft der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und die Vattenfall GmbH über den Verkauf und die Übertragung sämtlicher von der Vattenfall GmbH gehaltenen Geschäftsanteile (74,9 %) an der Stromnetz Hamburg GmbH (Stromnetz Hamburg) mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014 verständigt. Der Vollzug (Übertragung der Geschäftsanteile) erfolgte am 7. Februar 2014.

Die Einbringung von 20,0 % der von der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH an der Stromnetz Hamburg gehaltenen Geschäftsanteile in die Hamburg Energienetze GmbH erfolgte am 27. März 2014 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014.

An der Stromnetz Hamburg sind nunmehr mit 94,9 % die Hamburg Energienetze GmbH und mit 5,1 % die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH beteiligt.

Die Stromnetz Hamburg ist auf dem Gebiet der Stromverteilung tätig. Sie betreibt innerhalb des Stadtgebietes Hamburg das Stromverteilnetz, einschließlich eines Fernmelde- und eines Lichtwellenleiterkabelnetzes, mit einer Gesamtlänge von rund 30.200 km. Sie stellt ihr Netz jedem Nutzer diskriminierungsfrei zur Verfügung und ist verantwortlich für die Sicherheit sowie die Zuverlässigkeit der Stromversorgung.

Forschung und Entwicklung

Das beherrschende Thema der F&E-Aktivitäten bei der Stromnetz Hamburg ist die Entwicklung intelligenter Netze sogenannter "Smart grids". Das Verteilungsnetz entwickelt sich auch in der Mittel- und Niederspannung immer mehr zu einem "Smart grid". In Projekten, Studien mit Universitäten, in diversen weiteren Pilotprojekten insbesondere zu den zukünftigen Anforderungen

an die Informations- und Kommunikationstechnik oder bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen z. B. bei der Förderinitiative "zukunftsfähige Netze" vom BMWi, BMU, BMBF wird diese Entwicklung aktiv begleitet. Durch die stärkere Dezentralisierung von erzeugter Energie, gezieltes Lastmanagement oder zusätzliche Speicher im Netz werden insbesondere zusätzliche Messpunkte an neuralgischen Netzpunkten nötig, um das Verhalten des Netzes zu beurteilen und weiter zu automatisieren.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Politisches Umfeld

Die Umsetzung der Energiewende steht gegenwärtig stark im Fokus der öffentlichen Diskussion. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurden Leitlinien festgelegt, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Die Verteilnetze werden dabei auch weiterhin das Rückgrat der Energiewende sein.

Durch den Zubau von erneuerbaren Energien wird eine zunehmende Dezentralisierung des Energieversorgungssystems bewirkt, welche die bestehenden Mechanismen des Strommarktes stark strapaziert. Um negative Auswirkungen insbesondere auf die Versorgungssicherheit und -zuverlässigkeit zu vermeiden, gewinnt die Schaffung eines neuen Energiemarktdesigns zunehmend an Bedeutung. Die Reformierung der EEG-Förderung sowie die Einführung von Kapazitätsmechanismen und damit ein stärkerer Leistungsbezug bei der Energiebeschaffung werden hierbei vorrangig diskutiert. Im Zusammenhang mit dem nach wie vor notwendigen umfangreichen Netzausbau sollen die Rahmenbedingungen investitionsfreundlich ausgestaltet werden, damit notwendige Investitionen zeitnah refinanziert werden können. Zukünftig sollen, im Rahmen der Netzentgelte, auch Einspeiser an den Kosten für die Netzinfrastruktur und den Netzbetrieb beteiligt werden.

Durch den weiteren starken Zubau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien und der damit verbundenen weiteren Erhöhung der EEG-Umlage um rund einen Cent auf insgesamt 6,24 Cent/kWh sind die Höhe und die Bezahlbarkeit des Strompreises sowie die Kosten der Energiewende insgesamt stark in der Diskussion. Die Befreiung von energieintensiven Unternehmen von der Umlage wird dabei als ein weiterer Grund für den starken Anstieg genannt. Das Beihilfeverfahren der Europäischen Kommission zur Überprüfung dieser Befreiungen dürfte

einen nicht unerheblichen Einfluss auf die im Koalitionsvertrag enthaltene Reform des EEG in Deutschland haben.

Die Einführung von intelligenter Messtechnik (Smart meter), welche eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für die Netzbetreiber hat, erfährt auch zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei wird zwischen intelligenten (elektronischen) Zählern und intelligenten Messsystemen, welche eine Erweiterung der intelligenten Zähler um einen Anschluss an ein Datenübertragungsmodul (Gateway) darstellen, unterschieden. Die Kosten-Nutzen-Analyse (KNA) hinsichtlich eines flächendeckenden Einsatzes intelligenter Zähler, die Ernst & Young im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) erstellt hat, wurde Ende Juli 2013 veröffentlicht. Unter Berücksichtigung der Analyseergebnisse werden seitens der Bundesregierung Pflichteinbaufälle definiert, bei denen zwingend intelligente Zähler einzusetzen sind. Dabei stellt die finanzielle Zumutbarkeit beim Kunden eines der maßgeblichen Kriterien dar. Derzeit besteht eine Einbauverpflichtung bei Kunden mit einem Verbrauch ab 6.000 kWh/a sowie bei Neubauten und Renovierungen. Darüber hinaus ist geplant, EEG-Anlagen ab einer geringen installierten Leistung mit intelligenten Messsystemen auszustatten, um diese in noch größerem Maße für eine intelligente Netzsteuerung nutzbar zu machen.

Nach Expertenmeinung und in Abweichung von der KNA wird der flächendeckende Einsatz (Roll-out) der neuen Technik voraussichtlich im Jahre 2017 beginnen. Hinsichtlich der Finanzierung deutet sich mit Blick auf das seitens der Politik bestehende Primat der preislichen Zumutbarkeit beim Kunden die Einführung von Höchstentgelten an. In diesem Zusammenhang liegt das Hauptaugenmerk der Netzbetreiber, als für den Einbau verantwortlicher Dienstleister, auf der Sicherstellung einer vollumfänglichen Deckung der entstehenden Kosten.

Weiterhin wurde statt der kompletten Netzentgeltbefreiung für stromintensive Unternehmen, welche nicht nur öffentlich stark kritisiert wurde, sondern auch seitens der EU auf Rechtmäßigkeit überprüft wird, ab 2014 eine Rückkehr zu einer Entgeltreduzierung (max. 90 %) abhängig von dem individuellen Beitrag des Kunden zur Netzentlastung geregelt. Dies wird die stromintensiven Unternehmen wieder be- und die Letztverbraucher entlasten.

Mit der Intention der Verbesserung der Investitionsbedingungen und einer unmittelbaren und vollumfänglichen Berücksichtigung entstehender Kosten aus Erweiterungs- bzw. Umstrukturierungsinvestitionen in die Hochspannungsnetze werden diese nun ausschließlich im Rahmen des Instruments „Investitionsmaßnahme“ und damit nicht über das pauschale Instrument des Erweiterungsfaktors berücksichtigt. Grundsätzlich ist diese Regelung als Schritt in die richtige Richtung zu werten. Für die übrigen Investitionen besteht jedoch nach wie vor ein Zeitverzug

von bis zu sieben Jahren. Dies wird weiterhin gegenüber den politischen Stakeholdern und der Bundesnetzagentur adressiert.

Wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Ihr gelang ein guter Start in das laufende Jahr. Die weltwirtschaftlichen Perspektiven hellen sich allmählich weiter auf. Gegenwärtig spürbar zunehmende Auslandsbestellungen in der deutschen Industrie sowie die nach wie vor überdurchschnittlich hohen Exporterwartungen sprechen für eine weitere Belebung des deutschen Außenhandels in den kommenden Monaten. Durch das milde Winterwetter im ersten Quartal 2014 kam es zu einem Wachstumsschub, dies war insbesondere im Baugewerbe spürbar. Für den Euroraum wird für die kommenden Monate eine weitere Zunahme der Wirtschaftsaktivität erwartet. In 2014 wird von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % ausgegangen.

Der private Konsum war im letzten Jahr die wichtigste Wachstumsstütze. Vor dem Hintergrund stabiler Preise, niedriger Zinsen sowie eines robusten Arbeitsmarktes und steigender Einkommen ist für das laufende Jahr erneut mit einem kräftigen Anstieg des privaten Konsums zu rechnen. Damit bleibt der private Konsum ein wichtiges Standbein im aktuellen Wirtschaftsaufschwung.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich zu Jahresbeginn weiter verbessert und erhält zusätzliche Impulse von der beginnenden Frühjahrsbelebung. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich spürbar fort und die Arbeitslosigkeit ging erneut weiter zurück. Dabei wurde die Entwicklung der Arbeitslosigkeit durch eine verstärkte Entlastungswirkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik unterstützt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat mit der sich abzeichnenden konjunkturellen Belebung etwas zugenommen. Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt bleiben daher positiv.

Wettbewerbsumfeld

Die beschlossene und gestartete Energiewende führt zu geänderten Anforderungen an alle Stromverteilungsunternehmen in Deutschland. Die insbesondere im Erneuerbare Energien Gesetz festgelegten monetären Förderungen für die eingespeiste Energie aus regenerativen Quellen haben zu einem starken Zubau von Photovoltaik-Anlagen auch in den Städten geführt. Parallel ist eine Vielzahl von dezentralen Mini-Blockheizkraftwerken (BHKW) an städtische Vertei-

lungsnetze angeschlossen worden. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Das führt auch zu weiteren neuen Geschäftsfeldern wie dem Einspeisemanagement, einer dezentralen Speicherung der Energie, E-Mobility und einem veränderten Messwesen (Smart meter). Die Stromnetze müssen auf die daraus resultierenden technischen Herausforderungen vorbereitet werden um die Umsetzung zu gewährleisten. Dabei sind beispielsweise die Rahmenbedingungen für zusätzlich notwendige Investitionen, die verschiedenen Marktrollen und die zukünftige Aufgabenabgrenzung derzeit noch nicht klar definiert.

Umweltschutz

Umweltschutz ist ein vorrangiges Ziel der Freien und Hansestadt Hamburg und fester Bestandteil in der Strategie der Stromnetz Hamburg. Wir bekennen uns zum aktiven Umweltschutz. Die Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften ist für uns selbstverständlich. Die Überwachung von Grenzwerten ergab im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2014 keine Überschreitung.

Im Januar 2014 fand die Übergabe des Zertifikates für die erfolgreiche Implementierung eines Umweltmanagementsystems nach der DIN EN ISO 14001 statt. Das Zertifikat wurde vom Germanischen Lloyd, der Zertifizierungsgesellschaft, überreicht.

Die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen ohne Beeinträchtigung der Umwelt und des Wohls der Allgemeinheit werden ständig überwacht und dokumentiert.

Bei den Umweltschutzmaßnahmen stehen vorrangig der Schutz des Bodens und des Wassers im Mittelpunkt. Schwerpunkte bildeten die Sanierung von Ölschäden, die Sicherung von Ölkabeln sowie die Sanierung und Errichtung von Ölauffangvorrichtungen für Transformatoren. Weiterhin wurden Maßnahmen zum Schallschutz sowie zur Einhaltung von Grenzwerten elektromagnetischer Felder ergriffen.

Zusätzlich wurden Energieeffizienzmaßnahmen erarbeitet, die zur Senkung des Energieverbrauchs der Liegenschaften beitragen und CO₂ einsparen sollen.

Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig.

Geschäftsverlauf und Ertragslage

	01.01.-31.03.2014		2013	
	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €	Absatz in GWh	Umsatz in Mio. €
Netznutzung	3.142	89,9	12.553	327,1
Zähler/Messung/Abrechnung		7,0		35,0
Konzessionsabgabe*		22,6		90,1
§ 19 Abs. 2 StromNEV*		3,3		17,6
§ 17 f EnWG*		4,3		17,3
§ 18 AbLaV*		0,3		-
KWK-Erlöse*		6,1		18,5
EEG-Erlöse*	(11)	7,3	(66)	29,6
Stromverkäufe	(96)	2,0	(178)	5,0
Sonstige		0,8		2,7
Umsatzerlöse		143,6		542,9

* Die Erlöse aus Konzessionsabgabe, KWK, EEG sowie aus den Umlagen gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV, § 17 f EnWG sowie der AbLaV in Höhe von 43,9 Mio. € sind grundsätzlich in gleicher Höhe im Aufwand zu finden und haben daher keine Ergebniswirkung.

Im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr wurden 3.253 GWh Strom durch das Netz der Stromnetz Hamburg geleitet. Die Netzhöchstlast wurde am 29. Januar 2014 mit 1.954 MW erreicht. Unter Berücksichtigung von rechnerischen Netzverlusten, Betriebsverbräuchen und periodenfremden Effekten betrug die Stromabgabe 3.142 GWh. Erlöse aus der Netznutzung wurden in Höhe von 89,9 Mio. € erzielt.

Die Stromverkäufe enthalten im Wesentlichen KWK-Strom und Differenzbilanzkreisabrechnungen. Die gesetzliche Verpflichtung zur Abnahme von KWK-Strom durch den Verteilnetzbetreiber erstreckt sich nur auf förderfähige Anlagen und Anlagen mit einer Leistung kleiner 50 kW.

Die Direktvermarktung von EEG-Strom durch die Einspeiser wird weiterhin verstärkt umgesetzt und ist überwiegender Bestandteil der EEG-Erlöse.

Die Erlöse aus KWK, Konzessionsabgabe, den Umlagen gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV, § 17 f EnWG und § 18 AbLaV (Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten) sowie die Erlöse aus dem EEG finden sich entsprechend auch auf der Aufwandsseite und sind somit ohne Ergebniswirkung bei der Stromnetz Hamburg.

Insgesamt wurden Umsätze in Höhe von 143,6 Mio. € erzielt. Ab 2014 ist die Umlage gemäß § 18 AbLaV berücksichtigt.

Die Geschäftsentwicklung ist stark vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen und dem Projektgeschehen geprägt und beeinflusst das Ergebnis der Gesellschaft entsprechend.

Gewinn- und Verlustrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Umsatzerlöse und übrige Erträge	150,2	572,3
Operative Aufwendungen	-132,8	-516,6
Zinsergebnis	-3,4	-13,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14,0	42,1

Da das Rumpfgeschäftsjahr nur ein Quartal umfasst, ist ein Vorjahresvergleich nur eingeschränkt möglich.

Den Umsatzerlösen und übrigen Erträgen stehen operative Gesamtaufwendungen bestehend aus Material- und Personalaufwand, sonstigen betrieblichen Aufwendungen, Konzessionsabgabe sowie Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 132,8 Mio. € gegenüber. Unter Berücksichtigung des Zinsergebnisses von -3,4 Mio. € beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 14,0 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 6,3 Mio. €.

Der Materialaufwand enthält wie in Vorjahren im Wesentlichen Aufwendungen für vorgelagerte Netze, Instandhaltungsaufwendungen und Energiebezugskosten aus der Einspeisung von KWK- und EEG-Strom.

Der Personalaufwand beträgt im Rumpfgeschäftsjahr 4,3 Mio. €.

Das Zinsergebnis des Rumpfgeschäftsjahres beinhaltet im Wesentlichen Zinszuführungen für Rückstellungen sowie Zinsaufwendungen insbesondere für ein Darlehen.

Der Fehlbetrag des Rumpfgeschäftsjahres in Höhe von 50,8 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus latenten Steueraufwendungen in Höhe von 59,1 Mio. €. Die Gesellschaft ist zum Stichtag nicht Teil einer steuerlichen Organschaft. In diesem Zusammenhang ergibt sich im Rumpfgeschäftsjahr die Notwendigkeit der Steuerlatenzabgrenzung für temporäre oder quasi-permanente Differenzen aus handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Ohne diese im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr vorzunehmende latente Steuerabgrenzung hätte das Ergebnis 8,3 Mio. € betragen. Mit Wirksamkeit der steuerlichen Organschaft ab dem 1. April 2014 auf Grund des mit der Hamburg Energienetze GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages wird die zum 31. März 2014 in der Bilanz ausgewiesene passive Steuerlatenzabgrenzung im folgenden Geschäftsjahr ergebniswirksam aufgelöst.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur wird im Folgenden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.

Mio. €	31.03.2014	31.12.2013	Veränderung
<u>Aktiva</u>			
Anlagevermögen	692,1	687,5	4,6
Umlaufvermögen (einschließlich RAP)	134,6	103,1	31,5
	826,7	790,6	36,1
<u>Passiva</u>			
Eigenmittel	315,6	366,9	-51,3
Langfristige Fremdmittel	350,0	345,7	4,3
Kurzfristige Fremdmittel	161,1	78,0	83,1
	826,7	790,6	36,1

Die Tätigkeit des Verteilnetzbetreibers ist anlagenintensiv. Bei einer Bilanzsumme von 826,7 Mio. € beträgt der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen 83,7 %. Das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenmittel) ergibt sich durch Hinzurechnung von 70,0 % der Baukostenzuschüsse zum Eigenkapital. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote beträgt 38,2 %. Das Anlagevermögen ist zu 45,6 % durch wirtschaftliches Eigenkapital (Eigenmittel) gedeckt.

Im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr wurden 16,0 Mio. € vor allem in die Erweiterung und Verstärkung des Stromverteilnetzes investiert. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem die Erstellung neuer Netzanschlüsse, sowie die Erweiterung des Mittel- und Hochspannungsnetzes, unter anderem auf Grund des zusätzlichen Ausbaus von EEG/KWK-Anlagen.

Für den Erhalt und Ausbau der Netzinfrastruktur inklusive Messeinrichtungen wurden insgesamt Maßnahmen im Wert von 38,1 Mio. € im Rumpfgeschäftsjahr realisiert.

Der Rückgang der Eigenmittel resultiert insbesondere aus dem Ergebnis (nach Steuern) für das abgelaufene Rumpfgeschäftsjahr. Dem steht der Anstieg der kurzfristigen Fremdmittel im Wesentlichen auf Grund der Abgrenzung latenter Steuern gegenüber.

Auf Grund der Integration der Stromnetz Hamburg in das Konzernclearing der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH haben sich keine unmittelbaren Auswirkungen der Finanzmarktsituation auf die Finanzierung der Gesellschaft ergeben.

Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	47,5	77,0	-29,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-15,3	-74,5	59,2
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-	-40,4	40,4
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	32,2	-37,9	70,1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	36,8	4,6	32,2

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben. Im Rumpfgeschäftsjahr ergab sich ein Mittelzufluss in Höhe von 32,2 Mio. €. Da keine Ergebnisabführung im Rumpfgeschäftsjahr erfolgte, ergab sich kein Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit.

Es werden 21,0 Mio. € im Rahmen des Konzernclearing bei einer Konzerngesellschaft marktgerecht angelegt. Die darüber hinaus verbleibenden Mittel sind Guthaben bei einem Kreditinstitut.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31. März 2014 beschäftigte die Stromnetz Hamburg 138 Mitarbeiter. Die Belegschaft erhöhte sich gegenüber dem Ende des Vorjahres um vier Mitarbeiter.

Gesamtaussage

Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage des Unternehmens durch die Geschäftsführung als positiv beurteilt.

Nachtragsbericht

Am 15. April 2014 ist mit der Hamburg Energienetze GmbH ein Gewinnabführungsvertrag mit Wirkung vom 1. April 2014 abgeschlossen worden.

Prognosebericht

Die Kostenentwicklung im Bereich der Projekte ist bestimmten Schwankungen unterworfen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass z. B. bei neu begonnenen Projekten die ersten Monate vor allem durch Ausschreibungen und eher administrativen Aufgaben geprägt sind. Aus diesem Grund fallen im ersten Quartal eines jeden Jahres regelmäßig nur geringe Projektaufwendungen an, was sich grundsätzlich auch in diesem Jahr bestätigt hat. Einzig im Bereich der kundenveranlassten Maßnahmen (z. B. Netzerweiterungen und Investitionen in neue Kundenanschlüsse) sind gegenüber dem ursprünglichen Plan leichte Überschreitungen zu verzeichnen. Mit Blick auf das Jahresende 2014 ist derzeit aber davon auszugehen, dass die Maßnahmen zur Erweiterung und zum Erhalt der Netzinfrastruktur im geplanten Umfang im Kalenderjahr 2014 umgesetzt werden.

Die Geschäftsentwicklung der Stromnetz Hamburg wird auch in den nächsten Jahren vom gesetzlich vorgegebenen Regulierungsrahmen geprägt sein. Die in 2009 begonnene Anreizregulierung geht 2014 in die zweite fünfjährige Regulierungsperiode und wird auf lange Sicht die Erlösentwicklung des Unternehmens determinieren. Die Stromnetz Hamburg stellt sich den Herausforderungen der Anreizregulierung. Dies belegt das Ergebnis im Effizienzvergleich der Bundesnetzagentur. Die Stromnetz Hamburg liegt mit einem Effizienzwert von 96,1 % für die zweite Regulierungsperiode über dem Branchendurchschnitt von 94,7 % der Stromnetzbetreiber in Deutschland.

Da sich wichtige Anlagen am Ende des Lebenszyklus befinden, ist aus technischer Sicht ein weiterer Anstieg der Investitionen erforderlich, um den hohen Anforderungen an die Versorgungsqualität auch langfristig gerecht zu werden. Zudem wird die Einführung von Smart meter sowie der erforderliche Umbau der Netze im Rahmen der Energiewende zu erhöhten Investitionen führen.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluierung des bestehenden Regulierungssystems durch die BNetzA, welche bis Ende 2014 vorzulegen ist, stehen unter anderem die Investitionsbedingungen für Netzbetreiber auf dem Prüfstand. Sollte es vor diesem Hintergrund zu keiner Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen, insbesondere zum Abbau der

Investitionshemmnisse kommen, werden die zukünftigen Investitionstätigkeiten jedoch weiterhin kritisch zu bewerten sein. Das Asset-Management der Stromnetz Hamburg steuert und optimiert die Investitionstätigkeiten.

Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass im Laufe des Jahres 2014 wieder vermehrt Vorgaben bzw. Empfehlungen auf EU-Ebene erfolgen. Bezüglich der Netzbetreiber sind hieraus Einflüsse, insbesondere hinsichtlich deren Zuständigkeiten und Prozesse in sogenannten Smart markets, zu erwarten (z. B. Network codes).

Die Beschäftigung wird in den kommenden Geschäftsjahren auf einem steigenden Niveau erwartet.

Die Stromnetz Hamburg geht davon aus, im Rumpfgeschäftsjahr 01.04. - 31.12.2014 ein deutlich positives Ergebnis zu erzielen, welches neben dem operativen Ergebnis Erträge aus der Auflösung latenter Steuern von 59,1 Mio. € beinhalten wird.

Chancen- und Risikobericht

Die Stromnetz Hamburg GmbH verfügt über einen umfassenden Risikomanagementprozess. Hierbei werden alle Risiken quartalsmäßig erfasst, überwacht und die Risikobewältigungsmaßnahmen kontinuierlich verfolgt. Sämtliche Risiken werden in der Risikosoftware SAS festgehalten und gepflegt. Quartalsmäßig erfolgt eine ausführliche Risikoberichterstattung an die Geschäftsführung.

Umfeldrisiko

Der bestehende Konzessionsvertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg läuft am 31. Dezember 2014 aus. Für die Vergabe der Konzession ab 2015 wurde bereits ein öffentliches Ausschreibungsverfahren gestartet, in dessen Rahmen sich die Stromnetz Hamburg um die Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages bewirbt. Bei Nichtgewinnung besteht das Risiko, dass das wirtschaftliche und/oder rechtliche Eigentum am Verteilnetz auf den neuen Konzessionär gegen Leistung einer wirtschaftlichen Kompensation übergeht.

Mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Stromnetzentgeltverordnung hat der Gesetzgeber eine Entlastung stromintensiver Industrien beschlossen. Großkunden können auf Grund einer intensiven Netznutzung von den Netzentgelten entlastet werden. Eine vollständige Befreiung war befristet bis Ende 2013 möglich, ab 2014 gibt es eine Staffelregelung mit einer maximalen Reduzierung von bis zu 90 %. Die dadurch entstandenen Mindereinnahmen der Verteilnetzbetreiber werden über einen Umlagemechanismus auf den Übertragungsnetzbetreiber kompensiert. Wenn ein Kunde die Kriterien einer intensiven Netznutzung gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV nicht mehr erfüllt, dann ist er verpflichtet, die Netzentgelte nachzuzahlen. In diesem Zusammenhang ergeben sich Ausfallrisiken für den Verteilnetzbetreiber.

Eine weitere Verpflichtung aus der Novellierung des EnWG ist das Ausrollen neuer Zählertechnologien („Smart meter“) für alle Kunden mit einem jährlichen Stromverbrauch von über 6.000 kWh. Die neuen Messsysteme sollen über eine zeitgenaue Verbrauchserfassung verfügen und somit die Grundlage für eine individuelle Tarifgestaltung liefern. Der Zeitpunkt für die Umsetzung steht noch nicht fest, da die erforderliche Zählertechnologie bisher auf dem Markt noch nicht verfügbar ist.

Ein rechtliches Risiko ergibt sich aus der nicht gegebenen grundbuchlichen Sicherung der Leitungsrechte bei Fiskalgrundstücken. Für diese Grundstücke ist der Konzessionsvertrag nicht gültig, und im Falle einer Umwidmung des Grundstückes oder gar Verkaufs besteht das Risiko einer kostenpflichtigen Räumung durch die Stromnetz Hamburg.

Marktrisiko

Das größte Marktrisiko ist weiterhin das Volumenrisiko, welches bei der Nichterreichung des für die Kalkulation der Netznutzungsentgelte zugrunde gelegten Stromabsatzes eintritt. Hierdurch entstehen Mindererlöse, die über das Regulierungskonto erst in der folgenden Regulierungsperiode durch Ansatz in der Erlösobergrenze ausgeglichen werden können.

Eine für die Stromnetz Hamburg ungünstige Marktentwicklung auf den Beschaffungsmärkten kann neben höheren Preisen auch zu längeren Lieferzeiten für wichtige Materialien und Leistungen führen. Begrenzt wird dieses Risiko durch eine gezielte Beobachtung des Beschaffungsmarktes.

Ein weiteres Marktrisiko ist das Insolvenzrisiko. Durch die Insolvenz von Lieferanten und Netznutzungskunden können offene Forderungen aus Netznutzungsentgelten, Konzessionsabgaben und KWK-Zuschlägen nicht beglichen werden.

Chancen

Für die Stromnetz Hamburg ergeben sich Chancen, im Rahmen der Weiterentwicklung des bestehenden Regulierungssystems eine Verbesserung der Investitionsbedingungen zu erhalten. Darüber hinaus hat die Stromnetz Hamburg sehr gute Voraussetzungen zur Wiedergewinnung des Konzessionsvertrages und damit zur Sicherung der Geschäftsgrundlage. Weiterhin bieten sich Chancen im Rahmen von Smart innovations. Auch aus der Kooperation und dem Abschluss von Dienstleistungsverträgen mit der Freien und Hansestadt Hamburg / HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH lassen sich Synergien heben.

Gesamtrisikolage

Das Geschäft der Stromnetz Hamburg wird im Wesentlichen durch Geschäftsrisiken als auch durch rechtlich-regulatorische Risiken beeinflusst. Insbesondere die regulatorischen Risiken sind von strategischer Bedeutung, sie beinhalten aber auch Chancen.

Für die Gesellschaft ergab sich im Rumpfgeschäftsjahr 01.01. - 31.03.2014 weder durch Einzelrisiken noch durch die aggregierte Risikoposition eine Bestandsgefährdung. Auch für das Rumpfgeschäftsjahr 01.04. - 31.12.2014 sind keine derartigen Risiken erkennbar.

**Abschluss für das Rumpfgeschäftsjahr
der Stromnetz Hamburg GmbH
vom 01.01. bis 31.03. 2014**

Bilanz

Mio. €	Anhang	31.03.2014	31.12.2013
AKTIVA			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		0,1	0,1
Sachanlagen		692,0	687,4
Finanzanlagen		0,0	0,0
		692,1	687,5
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)	118,0	102,7
Flüssige Mittel	(3)	15,8	-
		133,8	102,7
Rechnungsabgrenzungsposten		0,8	0,4
		826,7	790,6

Mio. €	Anhang	31.03.2014	31.12.2013
PASSIVA			
Eigenkapital	(4)		
Gezeichnetes Kapital		100,0	100,0
Kapitalrücklage		193,7	193,7
Andere Gewinnrücklagen		3,7	3,7
Jahresfehlbetrag		-50,8	-
		246,6	297,4
Baukostenzuschüsse	(5)	98,6	99,3
Rückstellungen	(6)	119,4	105,3
Verbindlichkeiten	(7)	301,0	286,7
Rechnungsabgrenzungsposten		2,0	1,9
Passive latente Steuern	(8)	59,1	-
		826,7	790,6

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	Anhang	01.01.-31.03.2014	2013
Umsatzerlöse	(9)	143,6	542,9
Andere aktivierte Eigenleistungen		0,3	1,3
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	6,3	28,1
Materialaufwand	(11)	-74,4	-290,3
Personalaufwand	(12)	-4,3	-17,2
Abschreibungen	(13)	-10,3	-41,5
Konzessionsabgabe		-22,6	-90,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)	-21,2	-77,5
Zinsergebnis	(15)	-3,4	-13,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		14,0	42,1
Steuern	(16)	-64,8	-1,7
Gewinnabführung	(17)	-	-40,4
Jahresfehlbetrag		-50,8	-

Kapitalflussrechnung

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Jahresergebnis (Vj. vor Gewinnabführung)	-50,8	40,4
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	10,3	41,5
Abnahme der Baukostenzuschüsse	-0,7	-3,0
Zunahme der Rückstellungen	14,1	1,2
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,4	0,7
Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	0,7	-19,9
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	73,5	16,1
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	47,5	77,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,7	0,8
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-16,0	-75,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-15,3	-74,5
Gewinnabführung an Anteilseigner	-	-40,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-	-40,4
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	32,2	-37,9
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4,6	42,5
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	36,8	4,6

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2014	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	31.03.2014	01.01.2014	Zugänge	Abgänge	31.03.2014	31.03.2014	31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4,1	0,0	-	0,0	4,1	4,0	0,0	-	4,0	0,1	0,1
	4,1	0,0	-	0,0	4,1	4,0	0,0	-	4,0	0,1	0,1
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	104,1	-	0,1	0,0	104,2	47,3	1,0	-	48,3	55,9	56,8
Technische Anlagen und Maschinen	0,9	-	-	-	0,9	0,9	-	-	0,9	0,0	0,0
Verteilungsanlagen Strom	1.300,2	0,1	5,9	0,3	1.305,9	745,9	9,0	0,2	754,7	551,2	554,3
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17,5	-	-	-	17,5	12,8	0,3	-	13,1	4,4	4,7
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	71,6	15,9	-6,0	1,0	80,5	-	-	-	-	80,5	71,6
	1.494,3	16,0	0,0	1,3	1.509,0	806,9	10,3	0,2	817,0	692,0	687,4
Finanzanlagen											
Sonstige Ausleihungen	0,0	0,0	-	0,0	0,0	-	-	-	-	0,0	0,0
	0,0	0,0	-	0,0	0,0	-	-	-	-	0,0	0,0
Anlagevermögen	1.498,4	16,0	0,0	1,3	1.513,1	810,9	10,3	0,2	821,0	692,1	687,5

Anhang

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Stromnetz Hamburg wurde nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes sowie unter Beachtung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt. Alle Werte sind in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Da der Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01. - 31.03.2014 nur ein Quartal umfasst, ist ein Vorjahresvergleich nur eingeschränkt möglich.

Die Stromnetz Hamburg wird künftig in den Konzernabschluss der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH einbezogen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Von dem Aktivierungswahlrecht für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird kein Gebrauch gemacht.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten in angemessenem Umfang anteilige Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht einbezogen.

Abschreibungen für Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft oder hergestellt wurden, werden, soweit steuerlich zulässig, nach der degressiven Methode vorgenommen. Ein Übergang auf die lineare Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Für ab dem 1. Januar 2008 angeschaffte oder hergestellte Sachanlagen wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn bei dauerhafter Wertminderung der Ansatz mit einem niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich ist. Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten des Vermögensgegenstands.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, die in den Geschäftsjahren 2009 und 2013 angeschafft wurden, werden als Sammelposten ausgewiesen und linear abgeschrieben. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 wurde von dem Wahlrecht, geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung vollständig aufwandswirksam zu erfassen, Gebrauch gemacht.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund vorübergehender Wertminderung wurden nicht vorgenommen.

Ausleihungen werden mit ihrem Nennwert angesetzt bzw., soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Allen erkennbaren Einzelrisiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch verrechnet. Die Forderungen aus noch nicht abgerechneter Netznutzung basieren auf der Verbrauchs- und Erlösabgrenzung, wobei nach anerkannten Methoden Hochrechnungen für den Leistungszeitraum erfolgen. Für die Abgrenzung findet im Wesentlichen ein Individualbewertungsverfahren Anwendung.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

PASSIVA

Baukostenzuschüsse

Erhaltene Baukostenzuschüsse (Anschlusskostenbeiträge) werden passiviert. Bis zum 31. Dezember 2002 erhaltene Baukostenzuschüsse werden über 20 Jahre ertragswirksam aufgelöst, sofern nicht eine kürzere Laufzeit vereinbart ist. Ab dem 1. Januar 2003 erhaltene Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in notwendigem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die unter den sonstigen Rückstellungen erfassten Jubiläumswendungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Die Schuldposten aus Aufstockungsbeträgen und dem angesammelten Erfüllungsrückstand bei Altersteilzeitverträgen sind mit dem versicherungsmathematischen Barwert angesetzt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Prämissen

%	31.03.2014	31.12.2013
Abzinsungsfaktor für langfristige Pensionsverpflichtungen und Personalrückstellungen	4,85	4,90
Abzinsungsfaktor für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen	3,52	3,65
Langfristige Gehaltssteigerungsrate	2,50	2,50
Allgemeiner Rententrend	1,75	1,75
Fluktuationsrate (altersabhängig)	0,00 bis 10,40	0,00 bis 10,40
Inflationsrate	1,75	1,75
Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze	2,50	2,50

Bei dem zugrunde gelegten Rechnungszins für die Abzinsung handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren für langfristige Pensions- und Personalrückstellungen und von drei Jahren für Altersteilzeitrückstellungen.

Soweit Pensionsverpflichtungen mit einem Aktivwert einer Versicherung rückgedeckt sind, werden diese mit den jeweiligen Rückstellungen saldiert.

Kongruent rückgedeckte Altersversorgungszusagen, deren Höhe sich somit ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, sind mit diesem bewertet, soweit er den garantierten Mindestbetrag (diskontierter Erfüllungsbetrag der

Garantieleistung) übersteigt. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs besteht aus dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Versicherungsnehmers zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte Überschussbeteiligung).

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und sonstigen Rückstellungen wird im Zinsergebnis erfasst.

Die Steuer- und anderen sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank regelmäßig veröffentlicht.

Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Beschaffungsgeschäften wurden auf der Grundlage von Marktpreisen zum Bilanzstichtag bewertet und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entsprechend abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Latente Steuern

Eine sich aus temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder auf Grund steuerlicher Verlustvorträge insgesamt ergebende Steuerbelastung, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbaut, wird als passive latente Steuern bilanziert. Diese wird mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und die Beträge der sich ergebenden

Steuerentlastung nicht abgezinst. Im Vorjahr wurden diese auf Grund der ertragsteuerlichen Organschaft auf der Ebene des Organträgers ausgewiesen.

Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Gewinne aus Sicherungsgeschäften werden erst bei Fälligkeit realisiert. Unrealisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zum 31. März 2014 zusammengefassten Anlageposten ist in der Entwicklung des Anlagevermögens im Rumpfgeschäftsjahr dargestellt.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Mio. €	31.03.2014	31.12.2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	81,3	25,5
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	21,0	55,8
Sonstige Vermögensgegenstände	15,7	21,4
	118,0	102,7

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen im Wesentlichen auf Forderungen aus Netznutzung. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Zahlungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch von 146,2 Mio. € (Vorjahr: 43,1 Mio. €) verrechnet.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen zum Bilanzstichtag betreffen ausschließlich Forderungen gegen die Gesellschafterin HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH und entfallen mit 21,0 Mio. € auf verzinsliche kurzfristige Geldanlagen sowie mit 0,0 Mio. € auf Zinsforderungen.

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen im Vorjahr betrafen 4,6 Mio. € verzinsliche kurzfristige Geldanlagen bei der Gesellschafterin Vattenfall GmbH und 42,8 Mio. € Lieferungen und Leistungen gegen übrige Konzernunternehmen. Forderungen gegen die Gesellschafterin Vattenfall GmbH bestanden in Höhe von 13,0 Mio. €.

(3) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel bestehen aus Guthaben bei einem Kreditinstitut.

(4) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 100.000.000,00 € wird zu 94,9 % von der Hamburg Energienetze GmbH und zu 5,1 % von der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH gehalten.

(5) Baukostenzuschüsse

Im Rumpfgeschäftsjahr wurden 2,2 Mio. € erfolgswirksam aufgelöst. Die Zuschüsse entfallen vor allem auf Anschlusskostenbeiträge für Hausanschlüsse von Netznutzern.

(6) Rückstellungen

Mio. €	31.03.2014	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	77,4	72,9
Steuerrückstellungen	5,2	-
Sonstige Rückstellungen	36,8	32,4
	119,4	105,3

Die Pensionsrückstellungen decken die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen und noch tätigen Mitarbeitern ab.

Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie werden nach § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Aktivwerte bei Rückdeckungsversicherungen.

Mio. €	31.03.2014	31.12.2013
Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	77,5	73,4
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände	-0,1	-0,5
Nettowert der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen (Rückstellung)	77,4	72,9

Die Steuerrückstellungen enthalten Rückstellungen für Gewerbe- sowie Körperschaftsteuer.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Beträge für Ausgleichsverpflichtungen aus dem EEG sowie dem KWK-Gesetz, Rückstellungen für ungewisse Verpflichtungen, Personal und Nachzahlungen von Konzessionsabgabe, die Rückerstattung von Netznutzungsentgelten sowie Rückstellungen für die Beschaffung von Netzverlustenergie.

(7) Verbindlichkeiten

Mio. €	31.03.2014			31.12.2013		
	Insgesamt	Restlaufzeit		Insgesamt	Restlaufzeit	
		< 1 Jahr	> 5 Jahre		< 1 Jahr	> 5 Jahre
Erhaltene Anzahlungen	0,3	0,3	-	0,3	0,3	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31,8	31,8	-	22,6	22,6	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	245,5	2,5	243,0	252,6	9,6	243,0
Sonstige Verbindlichkeiten	23,4	23,4	-	11,2	11,2	-
davon aus Steuern	(5,1)	(5,1)	(-)	(1,5)	(1,5)	(-)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,0)	(0,0)	(-)	(-)	(-)	(-)
	301,0	58,0	243,0	286,7	43,7	243,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen ausschließlich gegenüber der Gesellschafterin Hamburg Energienetze GmbH und betreffen mit 243,0 Mio. € ein langfristiges Darlehen sowie mit 2,5 Mio. € Zinsverbindlichkeiten. Die Hamburg Energienetze GmbH ist mit Wirkung zum 1. Januar 2014 für Vattenfall GmbH in den Darlehensvertrag zwischen Vattenfall und der Stromnetz Hamburg vom 3. Mai 2012 eingetreten.

Von den Verbindlichkeiten des Vorjahres gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen 243,0 Mio. € ein langfristiges Darlehen von der Gesellschafterin Vattenfall GmbH sowie 2,3 Mio. € Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin bestanden in Höhe von 250,7 Mio. €.

(8) Passive latente Steuern

Die Gesellschaft ist zum Stichtag nicht Teil einer steuerlichen Organschaft. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit der Steuerlatenzabgrenzung für temporäre oder quasi-permanente Differenzen aus handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen die sich in spä-

teren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Bilanzdifferenzen beim Sachanlagevermögen. Diese wurden mit aktiven latenten Steuern aus Bilanzdifferenzen insbesondere bei Baukostenzuschüssen, Pensionsrückstellungen und Drohverlustrückstellungen saldiert. Der Berechnung wurde ein Steuersatz von rund 32 % zugrunde gelegt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(9) Umsatzerlöse

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Netznutzung	89,9	327,1
Konzessionsabgabe	22,6	90,1
Stromverkäufe inklusive EEG	9,3	34,6
Übrige	21,8	91,1
	143,6	542,9

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen	2,2	9,0
Erträge aus Miet- und Pachteinnahmen	1,2	4,5
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,2	4,0
Erträge aus Schadenersatzleistungen	0,1	2,1
Übrige	2,6	8,5
	6,3	28,1

(11) Materialaufwand

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Energiebezug	3,8	15,1
EEG	7,3	29,6
Übrige	0,0	0,0
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	11,1	44,7
Nutzung vorgelagerter Netze	37,6	144,1
Fremdlieferungen und -leistungen	25,7	101,5
Aufwendungen für bezogene Leistungen	63,3	245,6
	74,4	290,3

(12) Personalaufwand

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Löhne und Gehälter	3,3	11,6
Soziale Abgaben	0,4	1,6
Aufwendungen		
für Altersversorgung	0,6	3,9
für Unterstützung	0,0	0,1
	4,3	17,2

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Auszubildende)

	01.01.-31.03.2014	2013
Angestellte	136	137
davon technischer Bereich	(93)	(96)
davon kaufmännischer Bereich	(43)	(41)
	136	137

(13) Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen aus der Entwicklung des Anlagevermögens zu entnehmen. Im Rumpfgeschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Belastungsausgleich KWK	6,1	18,5
Belastungsausgleich gem. § 17 f EnWG	4,3	17,3
Belastungsausgleich gem. § 19 Abs. 2 StromNEV	3,3	17,6
Serviceleistungen	1,7	8,7
Zuführungen zu den Rückstellungen	1,4	2,0
Belastungsausgleich gem. § 18 AbLaV	0,3	-
Übrige	4,1	13,4
	21,2	77,5

(15) Zinsergebnis

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	0,0
davon aus verbundenen Unternehmen	(-)	(-)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,1
davon aus verbundenen Unternehmen	(0,0)	(0,1)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3,4	-13,7
davon an verbundene Unternehmen	(-2,5)	(-9,9)
	-3,4	-13,6

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und Personalrückstellungen wird unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen. Es handelt sich um den Nettoaufwand nach Verrechnung mit Erträgen aus den Aktivwerten.

Im Rumpfgeschäftsjahr wurden Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen in Höhe von 0,9 Mio. € mit Erträgen aus den zugehörigen Aktivwerten in Höhe von 0,0 Mio. € verrechnet.

Aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen nach Verrechnung mit Erträgen aus Aktivwerten und aus der Aufzinsung von sonstigen Rückstellungen resultieren Aufwendungen von insgesamt 0,9 Mio. €.

(16) Steuern

Mio. €	01.01.-31.03.2014	2013
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	64,6	1,1
davon aus latenten Steuern	(59,1)	(-)
Sonstige Steuern	0,2	0,6
	64,8	1,7

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf latente Steuern, die Gewerbe- und Körperschaftsteuer sowie den Solidaritätszuschlag. Da die Gesellschaft zum Stichtag nicht Teil einer steuerlichen Organschaft ist, ergibt sich im Rumpfgeschäftsjahr in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Steuerlatenzabgrenzung für temporäre oder quasi-permanente Dif-

ferenzen aus handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Der ausgewiesene sonstige Steueraufwand betrifft die Grundsteuer und die Stromsteuer auf den Selbstverbrauch von Energie.

(17) Gewinnabführung

Der Gewinnabführungsvertrag mit der Vattenfall GmbH ist mit Wirkung zum 7. Februar 2014 beendet. Auf Gesellschafterebene wurde auf eine Ergebnisabführung für den Zeitraum bis zur Beendigung des Vertrags verzichtet.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung sind die Zahlungsströme in Anlehnung an die Empfehlungen des DRS 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beruhte mit 0,0 Mio. € auf Einzahlungen aus Zinsen. Zinszahlungen beliefen sich auf 6,3 Mio. €. Auszahlungen für Ertragsteuern betrugen 0,3 Mio. €.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode beinhaltet verzinsliche kurzfristige Geldanlagen bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (21,0 Mio. €) sowie Guthaben bei einem Kreditinstitut.

Sonstige Angaben

Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung sind in einer gesonderten Übersicht als Anlage zum Anhang dargestellt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Stromnetz Hamburg haben für ihre Tätigkeiten 13 T€ erhalten. Je Sitzung wurde ein Betrag in Höhe von 1,5 T€ gezahlt.

Die Geschäftsführer erhielten im Rumpfgeschäftsjahr folgende Bezüge:

€	Fixum	Erfolgsabhängige Vergütung für 2013	Nebenleistungen	Gesamt
Dr. Dietrich Graf	81.397	82.401	2.581	166.379
Jürgen Grieger	69.782	76.599	12.619	159.000
Christian Heine	23.435	-	650	24.085
Gesamt	174.614	159.000	15.850	349.464

Für ein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung sind Pensionsverpflichtungen in Höhe von 855 T€ zurückgestellt.

Honorare des Abschlussprüfers

Für Tätigkeiten des Abschlussprüfers Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden im Rumpfgeschäftsjahr 40 T€ erfasst. Die Honorare entfallen ausschließlich auf Abschlussprüfungsleistungen.

Außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am 31. März 2014 bestand ein Bestellobligo für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 62,8 Mio. €.

Für Strombezüge zur marktorientierten Beschaffung zum Ausgleich von Netzverlusten ist die Stromnetz Hamburg Abnahmeverpflichtungen für das Rumpfgeschäftsjahr 01.04. - 31.12.2014 sowie das Jahr 2015 in einem Umfang von 17,4 Mio. € eingegangen. Im Rumpfgeschäftsjahr wurden für Geschäfte mit einem negativen Marktwert Drohverlustrückstellungen in Höhe von 0,6 Mio. € in Anspruch genommen und 1,4 Mio. € zugeführt.

Die Stromnetz Hamburg ist als Konzessionsnehmer für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes zur Zahlung der Konzessionsabgabe an die Freie und Hansestadt Hamburg verpflichtet.

Des Weiteren bestehen Mietverpflichtungen in Höhe von rund 0,1 Mio. € gegenüber der Vattenfall Europe Business Services GmbH.

Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung der Beschaffung von Netzverlusten wurden Termingeschäfte mit einem Volumen von 17,4 Mio. € abgeschlossen. Der Marktwert dieser Geschäfte beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 14,4 Mio. €. Auf Grund der aktuellen Preisentwicklung wurden zum Bilanzstichtag Drohverlustrückstellungen für Geschäfte mit negativem Marktwert in Höhe von 2,9 Mio. € berücksichtigt.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Rumpfgeschäftsjahr 01.01. - 31.03.2014 sind keine Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen.

Tätigkeitsabschluss nach § 6b Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die Gesellschaft ist ausschließlich im Bereich der „Elektrizitätsverteilung“ im Sinne des § 6b Absatz 3 EnWG tätig. Aus diesem Grund entspricht der zu erstellende Tätigkeitsabschluss dem Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01. - 31.03.2014 der Gesellschaft.

Hamburg, 20. Mai 2014

Dr. Dietrich Graf

Jürgen Grieger

Christian Heine

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Caspar Baumgart (ab 28.04.2014)

Vorsitzender

Kaufmännischer Vorstand der WEMAG AG

Stefan Dohler (bis 06.02.2014)

Vorsitzender

Geschäftsführer der Vattenfall Energy Trading GmbH

Jörn Willert*

Stellvertretender Vorsitzender

Betriebsratsvorsitzender der Stromnetz Hamburg GmbH

Petra Bödeker-Schoemann (seit 07.02.2014)

Geschäftsführerin der HGV Hamburger Gesellschaft für

Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

Gero Boomgaarden*

Leiter Netzbetrieb Stromnetz Hamburg GmbH

Petra Burmeister (seit 07.02.2014)

Beteiligungsreferentin in der HGV Hamburger Gesellschaft für

Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH

Dr. Lutz Fricke*

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Stromnetz Hamburg GmbH

Hans Gabanyi (seit 07.02.2014)

Amtsleiter in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Alexander Heieis*

Betriebsratsvorsitzender der Vattenfall Europe Netzservice GmbH in Hamburg

Jens Lattmann (seit 07.02.2014)

Staatsrat in der Finanzbehörde

Ina Morgenroth*

2. Bevollmächtigte und Geschäftsführerin IG-Metall Region Hamburg

Dr. Sibylle Roggencamp (seit 07.02.2014)

Amtsleiterin in der Finanzbehörde

Henry Sumfleth*

Mitglied des Betriebsrates der Stromnetz Hamburg GmbH, Sachbearbeiter Netzwirtschaft

Rainer Schulze (bis 06.02.2014)

Head of Human Resources der Business Division Production, Vattenfall GmbH

Lutz Wegner (bis 06.02.2014)

Leiter Legal Heat and Distribution der Vattenfall Europe Business Services GmbH

* Arbeitnehmervertreter

Geschäftsführung

Dr. Dietrich Graf

Sprecher der Geschäftsführung,
Ressort Technik, Hamburg

Jürgen Grieger

Ressort Personal, Rosengarten

Christian Heine (ab 07.02.2014)

Kaufmännisches Ressort, Hamburg

Dr. Helmar Rendez (bis 06.02.2014)

Vorsitzender der Geschäftsführung
Kaufmännisches Ressort, Berlin

Dr. Erik Landeck (bis 06.02.2014)

Ressort Strategie, Großziethen

Bestätigungsvermerk

Zu dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stromnetz Hamburg GmbH, Hamburg, für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. März 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Rumpfgeschäftsjahr und des Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung für das Rumpfgeschäftsjahr nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, im Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr und im Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses für das Rumpfgeschäftsjahr und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung,

dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. März 2014 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. März 2014 den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. März 2014, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Hamburg, 21. Mai 2014

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Glöckner	Gerlach
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht über das Ergebnis der Prüfung des Aufsichtsrates an die Gesellschafterversammlung der Stromnetz Hamburg GmbH

Überwachung und Beratung der Geschäftsführung

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben vollumfänglich wahrgenommen. Er hat die Arbeit der Geschäftsführung überwachend und beratend begleitet. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, der Planung sowie über andere grundsätzliche Fragen und besondere Ereignisse. In zwei Aufsichtsratssitzungen wurden wesentliche Aspekte der Geschäftsentwicklung erläutert und eingehend erörtert.

Feststellung des Rumpfgeschäftsjahresabschlusses zum 31. März 2014

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Rumpfgeschäftsjahresabschlusses zum 31.03.2014 beauftragt. Der von der Geschäftsführung vorgelegte Rumpfgeschäftsjahresabschluss ist unter Einbeziehung der Buchführung, des Lageberichtes und des Risikomanagementsystems von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem unbeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Jahresabschlussunterlagen und der Prüfbericht haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgelegen und wurden mit der Geschäftsführung eingehend erörtert. Im Ergebnis schließt sich der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Rumpfgeschäftsjahresabschlussprüfung an und billigt den Rumpfgeschäftsjahresabschluss zum 31.03.2014.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Im Rumpfgeschäftsjahr bis 31.03.2014 gab es folgende Veränderung: Die Herren Stefan Dohler, Rainer Schulze und Lutz Wegner sind mit Wirkung zum 07.02.2014 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Neu in den Aufsichtsrat bestellt wurden am 07.02.2014 Herr Jens Lattmann, Dr. Sybille Roggencamp, Herr Hans Gabányi, Frau Petra Burmeister und Frau Petra Bödeker-Schoemann.